



09. September 2026

Postulat

von Attila Kipfer (SVP),
Samuel Balsiger (SVP)
und Michele Romagnolo (SVP)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die neu geschaffene LGBTQ-Fachstelle bei der Stadtpolizei Zürich aufgehoben und die dafür eingesetzten personellen und finanziellen Ressourcen wieder für die polizeilichen Kernaufgaben verwendet werden können. Dabei ist insbesondere darzulegen, wie die Anliegen sämtlicher Mitarbeitenden und Bevölkerungsgruppen weiterhin diskriminierungsfrei im Rahmen der bestehenden Führungs-, Personal- und Beschwerdestrukturen behandelt werden können.

Begründung:

Aus der Antwort des Stadtrats auf die Schriftliche Anfrage GR Nr. 2025/602 geht hervor, dass die Einrichtung der Fachstelle nicht aufgrund eines ausgewiesenen operativen Bedürfnisses der Stadtpolizei erfolgte. Vielmehr wurde der Einsatz von insgesamt 50 Stellenprozenten für eine sogenannte Diversity-Fachstelle von der Vorsteherin des Sicherheitsdepartements vorgeschlagen und in den Budgetprozess 2025 aufgenommen. Davon werden 20 Stellenprocente ausschliesslich für LGBTQ-Themen eingesetzt.

Die Stadtpolizei ist in erster Linie für die Sicherheit, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, die Prävention und die Strafverfolgung zuständig. Angesichts der hohen Belastung der Polizeikräfte ist nicht nachvollziehbar, weshalb personelle Ressourcen für eine thematisch eng ausgerichtete Fachstelle gebunden werden, anstatt diese für die eigentlichen polizeilichen Aufgaben einzusetzen.

Gemäss der Antwort des Stadtrats wurde die betreffende Funktion nicht ordentlich ausgeschrieben. Stattdessen wurden gezielt Mitarbeitende angesprochen, die bereits einen Bezug zur LGBTIQ-Thematik hatten. Der Stelleninhaber wurde anschliessend durch den Kommandanten berufen. Dieses Vorgehen wirft Fragen hinsichtlich Transparenz, Chancengleichheit und einer ergebnisoffenen Auswahl auf.

Auch die Ausbildung erfolgte teilweise durch Organisationen mit einem spezifischen thematischen Bezug. Genannt werden der Ehrenpräsident des Vereins Pink Cop, ein Seminar des deutschen Verbands lesbischer und schwuler Polizeibeamter sowie ein Forum in Deutschland. Eine ausgewogene und weltanschaulich neutrale Ausrichtung der Fachstelle wird in der Antwort des Stadtrats nicht dargelegt.

Die Fachstelle verursacht jährlich Personalkosten von Fr. 30'400.--. Hinzu kommen externe Ausbildungs- und Reisekosten sowie die Nutzung städtischer Infrastruktur. Auch wenn der Betrag im Gesamtbudget der Stadtpolizei vergleichsweise gering erscheinen mag, ist jede zusätzliche Spezialisierung hinsichtlich ihrer Notwendigkeit, ihres Nutzen und ihrer messbaren Wirkung zu begründen. Aus der Antwort des Stadtrats gehen weder konkrete Fallzahlen noch eine Bedarfsanalyse, messbare Zielsetzungen oder Kriterien für eine spätere Erfolgskontrolle hervor.

Diskriminierungen und persönliche Konflikte müssen unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, Herkunft, Religion, Alter oder politischer Haltung ernst genommen werden. Dafür braucht es jedoch keine separate Fachstelle für einzelne gesellschaftliche Gruppen. Eine rechtsstaatlich und professionell handelnde Polizei muss allen Menschen gleichermassen zur Verfügung stehen. Die bestehenden Personal-, Führungs-, Beschwerde- und Beratungsstrukturen sind entsprechend diskriminierungsfrei auszugestalten.

Die Schaffung immer neuer, gruppenspezifischer Fachstellen führt zu einer Zersplitterung der Verwaltung, schafft neue Abgrenzungsfragen und kann Forderungen nach weiteren Sonderstrukturen auslösen. Deshalb soll die LGBTQ-Fachstelle aufgehoben und die dafür eingesetzte Arbeitskapazität wieder den polizeilichen Kernaufgaben zugeführt werden.

Amher
J. S. /
Lamed Balje